Nr. 3. 47. Jahrgang

Abend-Ausgabe

Mittwoch, 2. Januar 1918

# Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin.
Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

# Die Kämpfe im Tomba-Gebiet.

Amtlich. Großes Hauptquartier, 2. Januar.

### Westlicher Kriegsschauplatz.

**Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.**

Von Dixmuide bis zur Deule war die Artillerietätigkeit von mittag an in einzelnen Abschnitten gesteigert. Nördlich und südlich von Lens lebte sie in Verbindung mit erfolgreichen Erkundungen vorübergehend auf. Auch zwischen Arras und St. Quentin nahm das Feuer zeitweilig an Stärke zu. Die Zahl der in den letzten Tagen südlich von Marcoing gefangenen Engländer hat sich auf 500 erhöht.

**Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.**

Nördlich von Prosnes und beiderseits von Orues erhöhte Gefechtstätigkeit. Erkundungsvorstöße führten an mehreren Stellen der Front zur Gefangennahme einer Anzahl Franzosen.

### Oestlicher Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

### Mazedonische Front.

Keine besonderen Ereignisse.

### Italienische Front.

Die Feuertätigkeit war auf der Hochfläche von Asiago und im Tomba-Gebiet zeitweilig gesteigert.

Der Erste Generalquartiermeister.
Ludendorff. (W. T. B.)

## Zusammentritt des Reichstags?

Der Aeltestenausschuß des Reichstags ist auf morgen nachmittag 2 Uhr einberufen worden, um sich darüber schlüssig zu werden, ob das Plenum des Reichstags sofort zusammentreten soll. Es liegt dazu ein Antrag der Unabhängigen Sozialdemokraten vor, der die Beratungen des Hauptausschusses angesichts der bevorstehenden weiteren Friedensverhandlungen mit Rußland nicht für zureichend und daher den Zusammentritt des Plenums für notwendig erachtet. Die Fraktionen sämtlicher Parteien werden morgen Sitzungen abhalten, um zu diesem Antrage Stellung zu nehmen. Im Augenblick sind die Ansichten noch sehr geteilt. Es werden Bedenken dagegen laut, die Vollversammlung des Parlaments in Abwesenheit des Staatssekretärs v. Kühlmann einzuberufen. Dazu trete, sagt man verschiedentlich, der Umstand, daß vieles gar nicht öffentlich diskutiert werden könne. Es ist daher — in gewissen parlamentarischen Kreisen wenigstens — der Wunsch laut geworden, lieber, statt der Einberufung des Plenums, den Hauptausschuß längere Zeit tagen zu lassen, um ihm dauernd Gelegenheit zu geben, sich mit den Problemen der Friedensverhandlungen laufend auseinanderzusetzen.

* * *

Die Forderung, daß der Reichstag einberufen werden und sich mit den Verhandlungsergebnissen von Brest-Litowsk beschäftigen solle, scheint uns, wie wir schon gesagt haben, sehr berechtigt zu sein. Wenn man nicht das Plenum, sondern, was vielleicht praktischer wäre, den Hauptausschuß zusammentreten lassen will, so muß dafür gesorgt werden, daß diesmal der Hauptausschuß nicht nach zwei oder drei Sitzungen wieder auseinandergeht — er muß versammelt bleiben, bis in Brest-Litowsk ein abschließendes Resultat erzielt, die politische Situation geklärt sein wird. Während der Politiker der „Deutschen Tageszeitung", der die Kühlmannsche Politik aufs äußerste bekämpft, behauptet, daß wir hier den Staatssekretär bei seiner Rückkehr aus Brest-Litowsk wie einen „Triumphator" gefeiert hätten, versichern andere Propheten der alldeutschen oder schwerindustriellen Richtung, wie die „Leipziger Neuesten Nachrichten" und die „Nationalliberale Korrespondenz", daß wir „der Durchführung der Friedensaktion, wie sie von der deutschen und österreichisch-ungarischen Regierung vorgelegt worden ist, Schwierigkeiten in den Weg legen". Die „Nationalliberale Korrespondenz" bemerkt: „Es könnte doch auch diesen demokratischen Blättern genügen, wenn die deutsche Reichsregierung einen Frieden mit Rußland zustande bringt, der die Billigung der demokratischen Regierung Rußlands findet". Es ist wirklich der Gipfel der Verlogenheit, wenn diese journalistischen Hilfsarbeiter des schwerindustriellen Rechtsnationalliberalismus erzählen, die demokratische Presse erschwere die Tätigkeit der deutschen und österreichisch-ungarischen Unterhändler — in denselben Augenblick, wo Graf Reventlow schreibt, Herr v. Kühlmann werde nur durch eine „parlamentarisch-demokratische Kamarilla" unterstützt, und in demselben Augenblick, wo die „Deutsche Tageszeitung", die „Deutsche Zeitung" und andere alldeutsche Blätter täglich erklären, Herr v. Kühlmann müsse „weggefegt" werden! Tatsächlich wird, soweit wir sehen, die Zufriedenheit der rechtsnationalliberalen „Korrespondenz" nur von sehr wenigen geteilt. Die eigentlichen Alldeutschen greifen die Politik von Brest-Litowsk heftig an, weil sie nichts vom „Selbstbestimmungsrecht" wissen wollen, eine Ablenkung von der ihnen besonders am Herzen liegenden belgischen Frage befürchten und Herrn v. Kühlmann noch immer nicht trauen. In der liberalen Presse — bis zur nationalliberalen „Berliner Börsen-Zeitung" — und in den sozialdemokratischen Organen verhehlt man seine Bedenken nicht, wünscht man vor allem dauernd gute Beziehungen zum russischen Volke gesichert zu sehen, und auch jene Politiker, die immer für eine einseitige politische Orientierung, für eine Orientierung nach Osten, eingetreten sind, betonen, wie Professor Hötzsch in der „Kreuzzeitung", daß keinesfalls „der Keim zu einem neuen deutsch-russischen Kriege gelegt werden" dürfe. Das ist auch für uns, obgleich wir jede einseitige Festlegung der zukünftigen politischen Entwicklung, jede vorzeitige Bindung für falsch halten, das Entscheidende: der Gedanke, daß das russische Volk auch unter wechselnden Regierungen den Friedensvertrag hinterher anerkennen und nicht wieder jeder deutschfeindlichen Koalition die Hand reichen solle, darf nicht einen Augenblick lang in den Hintergrund treten, muß den Unterhändlern in Brest-Litowsk fortwährend gegenwärtig sein.

## Hindenburg und Ludendorff in Berlin.

Amtlich. Berlin, 2. Januar. (W. T. B.)

Generalfeldmarschall v. Hindenburg und General Ludendorff sind am heutigen Vormittage zu Besprechungen in Berlin eingetroffen. (Wie verlautet, wird heute nachmittag eine **Kronratssitzung** stattfinden, an der Hindenburg und Ludendorff teilnehmen werden.)

## Clemenceaus Absage an die Sozialisten.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Genf, 2. Januar.

Der „Temps" sagt, die Entsendung französischer Sozialisten nach Petersburg, um zu retten, was noch zu retten ist, wäre augenblicklich zwecklos, weil die verständnislose Masse für die bestgemeinten Ratschläge unempfänglich sei. Der „Temps" gibt dann der Entscheidung Clemenceaus recht.

## Die Machtstellung der russischen Regierung.

(Telegramme unserer Korrespondenten.)

Rotterdam, 2. Januar.

Der „Nieuwe Rotterdamsche Courant" erfährt aus London, Ransome, der Mitarbeiter der „Daily News", ist nach Petersburg zurückgekehrt. Er berichtet, jetzt habe er bemerkt, daß die in der englischen Presse erschienenen Nachrichten über Unruhen auf mutwilliger Verdrehung durch die Oppositionsblätter gegründet seien. Zum erstenmal seit der Revolution sei die Regierung in Rußland auf einer wirklichen Macht gegründet. Das Volk liebe vielleicht die Bolschewiki nicht, aber es gehorche ihnen mit erstaunlicher Bereitwilligkeit. Die gegenwärtige Regierung aus Arbeitern sei außergewöhnlich tatkräftig und entschlossen. Ransome nennt die Behauptung, daß die Regierung die Konstituante nicht zusammenkommen lassen wolle, eine Beschimpfung. Die Regierung werde sie sofort zusammenrufen, wenn 400 Mitglieder in Petersburg eingetroffen seien, was in zehn Tagen der Fall sein werde. Die Regierung werde dann, weil die Hälfte der Sozialrevolutionäre sie stützen werde, die Mehrheit hinter sich haben, und werde jeden Versuch, sie mit Gewalt zu stürzen, unterdrücken.

b. Stockholm, 2. Januar.

Dem „Aftonblad" zufolge reiste Sonnabend eine finnische Abordnung, bestehend aus dem Staatsminister Swinhufvud und dem Minister-Staatssekretär Enckell nach Petersburg ab, um von der russischen Regierung die Anerkennung von Finnlands Selbständigkeit zu erwirken. Bekanntlich haben der König von Schweden sowie der deutsche Reichskanzler die Anerkennung der finnischen Selbständigkeit vom Einverständnisse Rußlands abhängig gemacht.

Der wegen Protestes gegen die Lemberger Judenpogrome während der russischen Okkupation im Oktober 1914 nach Rußland zwangsweise deportierte Sozialistenführer und österreichische Abgeordnete Ernst Breiter passierte auf der Durchreise nach Lemberg nach dreijähriger Gefangenschaft gestern Stockholm. Breiter sollte nach Tomsk deportiert werden, wurde wiederholt in Kiew verhaftet, durfte aber schließlich sich in Kiew aufhalten. Breiter, der auf der Durchreise in Petersburg zehn Tage sich aufhielt, hatte längere Besprechungen mit Trotzki und Lenin. Sein Empfang im Smolnyj-Institut war sehr dramatisch weil gleichzeitig mehrere Offiziere der Kadettenpartei in Zivilkleidung als Spitzel von den Bolschewiki erwischt worden waren und gerade verhört wurden. Trotzki war sehr optimistisch hinsichtlich der Friedensmöglichkeit. Lenin hoffe nach baldigem Friedensschlusse alle seine Reformen, besonders aber die bäuerlichen Reformen durchführen zu können.

## Die republikanische Agitation in Spanien.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Genf, 2. Januar.

Vor dreitausend Parteigenossen in Barcelona hielt, einem Radiotelegramm zufolge, der Republikaner Lerroux eine aufreizende Rede gegen die Regierung. Er sprach die Erwartung aus, daß sich die Republikaner, Reformisten und Sozialisten deren Führer Lerroux, Iglesias und Alvarez sind, vereinigen würden, um die gegenwärtige Regierung zu stürzen.

## Die baltische Frage.

Von [Nachdruck verboten.]

**Hans Vorst.**

Die große Mehrzahl der baltischen Deutschen verlangt gegenwärtig mit Heftigkeit nach einem möglichst vollständigen Anschluß der drei baltischen Provinzen Kurland, Livland und Estland an das Deutsche Reich. Dieses Streben der Balten ist durchaus begreiflich, es hat seine Gründe nicht nur in dem nationalen Leben dieses alten, aber immer noch frischen Zweiges am deutschen Stamme, sondern wohl noch mehr in sozialen Bedingungen.

Die Volkszählung von 1897 ergab für die drei Provinzen nicht ganz 166 000 Deutsche, was etwa 7 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmacht. Die große Masse der Bevölkerung bilden in Kurland und Südlivland die Letten, in Nordlivland, Estland und der Insel Oesel die Esten. Da die Deutschen im Lande die soziale Oberschicht darstellen, in deren Händen sich Besitz und Bildung konzentriert, ist der nationale Gegensatz zwischen ihnen und der einheimischen lettisch-estnischen Bevölkerung durch soziale Momente außerordentlich verschärft. Oder vielmehr wird man richtiger sagen, daß der soziale Gegensatz durch den Hinzutritt des Nationalen verschärft ist. Jedenfalls haben diese Verhältnisse unter dem lettischen und estnischen Proletariat einen außerordentlich fruchtbaren Boden für die Verbreitung extrem sozialistischer und revolutionärer Ideen abgegeben. Das zeigte sich 1905 bei den scharfen und blutigen Formen, welche die revolutionäre Bewegung gerade in den baltischen Provinzen annahm, das zeigt sich heute, wo lettische Regimenter in Petersburg die zuverlässigste Mannschaft Lenins bilden. Bleiben die baltischen Provinzen in irgendeiner Form mit Rußland verbunden oder verlangen sie volle Unabhängigkeit, so befürchten die baltischen Deutschen, ihrer wirtschaftlich und sozial dominierenden Stellung durch die soziale Bewegung der lettisch-estnischen Massen beraubt zu werden. 1905 wurde die Erhebung des einheimischen Proletariats durch russische militärische Strafexpeditionen niedergeworfen. Aus eigener Kraft könnten aber die baltischen Deutschen infolge ihrer ziffernmäßigen Schwäche einer Wiederholung ähnlicher Ereignisse nicht Herr werden.

Aus diesen Bedingungen erklärt es sich, warum die Balten während des Krieges eine so außerordentlich rege Propaganda für den Anschluß an Deutschland entfaltet haben. Sie sind sich auch klar darüber, daß sie in ihrer schwierigen Lage Schutz und Hilfe von Deutschland nur erwarten können, wenn sich dieser Anschluß in ganz fester und reger Form vollzieht, so daß die bedrohte soziale Stellung der Balten unter dem Schutz deutscher Behörden und deutscher Truppen stände. Da sich ein solcher Zustand auf die Dauer natürlich nicht aufrechterhalten ließe, haben die Balten zugleich schon die Germanisierung der lettisch-estnischen Bevölkerung der baltischen Provinzen ins Auge gefaßt. So tritt Herr v. Hoerner-Ihlen, der Vorsitzende des kurländischen Landesrats, in einer jüngst im Verlage Würtz erschienenen kleinen Schrift „Baltische Zukunftsgedanken" dafür ein, „daß die Verbindung von Mutterland und ehemaliger Kolonie die denkbar festeste und gesicherste sein müsse." Als Endziel schwebt ihm die Bildung eines neuen deutschen Bundesstaates aus den baltischen Provinzen vor. Dazu müsse aber das Land erst „deutsch gemacht" werden, „ehe es ohne Gefahr für sich und das Mutterland die Formen des öffentlichen Lebens vom Reiche übernehmen kann." „Die rechte nachhaltige Eindeutschung steht daher als Vorbedingung aller Lösungen der staatsrechtlichen Fragen im Vordergrunde und verlangt Maßnahmen, die nicht von blassen Theorien der Menschenfreundlichkeit und nicht von unberechenbaren parlamentarischen Majoritätsbeschlüssen abhängig sein dürfen, sondern die, einmal als unumgängliche Notwendigkeit erkannt, mit fester Hand durchzuführen sind." Die „Eindeutschung" soll durch eine energische Kolonisationspolitik, entsprechende Schulpolitik und ähnliche Maßnahmen in Angriff genommen werden. Herr v. Hoerner fordert daher für die baltischen Provinzen ein „Zwischenstadium", das er sich anscheinend etwa in Form eines Reichslandes unter einer militärischen Diktatur vorstellt, in die nicht einmal der deutsche Reichstag durch „unberechenbare Majoritätsbeschlüsse" dreinzureden hätte. Ganz folgerichtig rät er, in dem neuen Reichslande „zunächst von jedem parlamentarischen Gebilde mit politischen Rechten abzusehen und sich an einem Landesrate genügen zu lassen" — denn jedes parlamentarische Gebilde von nur entfernt demokratischem Charakter würde natürlich im Baltenlande vorwiegend aus Letten und Esten bestehen und bis zum letzten Atemzuge gegen eine Politik wie die von Herrn v. Hoerner ins Auge gefaßte Protest erheben. Und gewiß würden auch zahlreiche Deutsch-Letten, die ja das Los nationaler Unterdrückung zur Genüge erfahren haben, die Anwendung derselben Methoden gegen ihre lettischen und estischen Landsleute entschieden verurteilen.

Es ist unbegreiflich, woher, nach den in Elsaß-Lothringen und im preußischen Polen gemachten Erfahrungen, Herr v. Hoerner die Zuversicht schöpft, daß sich das völlige Deutschwerden der Letten und Esten „zwanglos" und „in relativ kurzer Zeit" vollziehen werde, — um so unbegreiflicher, als er selbst einem Stamme angehört, der allen Russifizierungsbestrebungen des Zarismus mit Zähigkeit und mit Erfolg widerstanden hat. Jedenfalls zeigen seine Ausführungen, mit welcher grenzenlosen Unbefangenheit diese baltischen Herren